

Königswinter

SPD

BERG & TAL

01/2020

GEMEINSAM FÜR EIN BESSERES KLIMA



WOHNEN

Jeder soll in Königswinter eine bezahlbare Wohnung finden



FAMILIEN

Wir fordern: Für jedes Kind einen Platz in Kita und Schule



UMWELT

Warum Umweltschutz hier vor Ort stattfindet

EDITORIAL



Liebe Königswinter*Innen,

die Ratsperiode 2014-2020 neigt sich ihrem Ende zu. Am 13. September 2020 findet die nächste Kommunalwahl statt und eine neue Ratsperiode beginnt.

Die SPD Ratsfraktion möchte Ihnen mit diesem Berg&Tal eine kleine Zusammenfassung ihrer Arbeit für unsere Stadt und ihre Bürger*innen vorstellen.

Natürlich kann sich diese Zusammenfassung nur auf einige wesentliche Themen beschränken. Zu unserer Arbeit gehören unzählige Fraktionssitzungen, viele Rats- und Ausschusstermine, Bürgersprechstunden, Vorbesprechungen, Ortsbegehungen und auch immer wieder themen- und projektbezogene Arbeitskreise von Rat und Ratsfraktion. Diese Arbeit haben die Mitglieder meiner Fraktion neben ihren beruflichen und familiären Verpflichtungen für die Entwicklung Königswinters geleistet.

Ein Anliegen möchte ich in diesem Editorial ganz besonders hervorheben.

Die Herausforderungen der Flüchtlingskrise in den Jahren 2015 und 2016 mussten auch in unserer Stadt bewältigt werden. Für uns Sozialdemokraten*innen ist und war es immer eine humanitäre Verpflichtung, Menschen in Not unsere Hilfe anzubieten und zu gewähren.

Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich bei den Bürger*innen unserer Stadt, allen Mitgliedern des Rates und den Mitarbeiter*innen der Verwaltung für ihr Engagement

und die gute Zusammenarbeit bei der Bewältigung dieser Herausforderung bedanken.

Dieser guten Zusammenarbeit ist es auch zu verdanken, dass in Königswinter bisher weder menschenverachtende Fremdenfeindlichkeit noch unsäglicher Rassismus aufgetreten sind.

Niemand in Königswinter darf wegen des Geschlechtes, der Abstammung, der Sprache, der Heimat und Herkunft, des Glaubens, der religiösen oder politischen Anschauungen und der sexuellen Identität oder Orientierung diskriminiert und verfolgt werden.

Dafür stehen wir Sozialdemokraten*innen auch in Königswinter ein!

Abschließend möchten wir uns für bei Ihnen für Ihr Vertrauen, Ihre Unterstützung, aber auch kritische Begleitung unserer Arbeit für unsere Stadt bedanken.

Wir werden auch in der nächsten Ratsperiode mit diesem Vertrauen und dieser kritischen Begleitung sorgsam und verantwortungsvoll sozialdemokratische Stadtpolitik gestalten und uns dafür einsetzen, dass sich Menschen hier wohlfühlen können.

Ihr

Jürgen Kusserow

Fraktionsvorsitzender

LANDESREGIERUNG LÄSST STÄDTE ALLEIN

Die Coronapandemie prägt das private und öffentliche Leben auch in unserer Stadt. Die Betreuungseinrichtungen für unsere Kinder waren über Wochen nur eingeschränkt arbeitsfähig, unsere Schulen mit Homeschooling beschäftigt und viele Geschäfte geschlossen. Selbstständige vieler Branchen müssen um ihre Existenz kämpfen. Gaststätten mit jahrzehntelanger Tradition und Hotelbetriebe stehen wie viele andere Unternehmen auch in Königswinter vor dem Aus.

Kommunalpolitik fand nur in Form von Dringlichkeitsentscheidungen und Telefonkonferenzen statt. Der Sitzungsbetrieb des Rates fiel aus. Nach dieser langen Phase der Einschränkungen des persönlichen und öffentlichen Lebens beschäftigt uns nun die Frage, welche langfristigen Konsequenzen diese Ausnahmesituation mit sich bringen wird.

Die Kommunen werden durch die Coronakrise mit Steuerausfällen in Höhe von ca. 15,4 Mrd. Euro allein für das Jahr 2020 belastet. Doch anders als bei den wichtigen und richtigen wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen für die private Wirtschaft lässt die Landesregierung aus CDU und FDP die Kommunen alleine.

So hat die Landesregierung in einem Kabinettsbeschluss festgelegt, dass die Städte in NRW die Lasten aus der Coronakrise über 50 Jahre linear abschreiben sollen. Das bedeutet, dass jede Kommune diese Ausfälle alleine kompensieren muss. Zusammen mit dem erheblichen Sanierungs- und Modernisierungsbedarf in die öffentliche Infrastruktur in vielen Städten,

wird deutlich, dass es nicht Jahre sondern Jahrzehnte dauern wird, bis diese Lasten abgebaut sind und sich unsere Städte von der Coronakrise erholen können.

Wenn die Landesregierung aus CDU und FDP bei ihrem Entschluss bleibt und die Städte in NRW alleine lässt, werden viele wichtige Zukunftsinvestitionen ausfallen müssen.

Wieder lässt die Landesregierung Städte mit außergewöhnlichen, hohen Belastungen allein. So sind bis heute zugesagte Erstattungen aus dem Flüchtlingsaufnahmengesetz nicht geleistet worden. Eine traurige und skandalöse Tradition nimmt ihren Anfang!



Jürgen Kusserow,
Uthweiler

FOLLOW US ON SOCIAL MEDIA



WWW.SPD-KÖNIGSWINTER.INFO



[SPD.KOENIGSWINTER](https://www.instagram.com/SPD.KOENIGSWINTER)



[SPD KÖNIGSWINTER](https://www.facebook.com/SPD.KÖNIGSWINTER)

UNSERE ARBEIT IM RAT 2014-2020

Hinter uns liegt eine interessante und arbeitsreiche Ratsperiode. Zwischen 2014 und heute haben wir eine Vielzahl von Anträgen und Anfragen erarbeitet. Wir arbeiten an der Entwicklung aller Ortsteile und gestalten diese mit unseren Anträgen. Die verschiedensten Themen, die uns in der zurückliegenden Ratsperiode bewegten, haben wir in einem kleinen Querschnitt zusammengetragen.



Altstadt

- ⇒ Solarthermie und Freischnitt am Freibad
- ⇒ Foodtrucks für den Marktplatz
- ⇒ Freier Eintritt im Siebengebirgsmuseum für Kinder
- ⇒ Freier Eintritt für die Bäder für Kinder



⇒ Radwegenetz

- ⇒ Fahrradfreundliches Königswinter
- ⇒ Abstellanlagen Fahrräder
- ⇒ Unterstellmöglichkeiten Fahrräder



Nieder und Oberdollendorf

- ⇒ Wegen der Umweltbelastung aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens in der Heisterbacher Straße: „Motor aus“ an den Ampeln und Verkehrssicherheit im oberen Bereich der Ortsdurchfahrt durch zusätzliche Haltelinien



Umwelt- und Klimaschutz

- ⇒ Papierlose Ratsarbeit
- ⇒ Plastikfreies Königswinter
- ⇒ Vermüllung der Randstreifen L331
- ⇒ Keine Lebensmittel wegwerfen



Wohnraum und Wohnungsbau

- ⇒ Bebauungsplan 10/35 und sanierungsbedürftige Grundstücke in der Altstadt
- ⇒ Sozialer Wohnungsbau in Kooperation mit der GWG des Rhein-Sieg-Kreises
- ⇒ Wohnbebauung Stadtgarten



Ittenbach

- ⇒ Piktogramme für den Hardtweg (beschlossen)
- ⇒ Parkplatzkonzept

Thomasberg/Heisterbacherrott

- ⇒ Fußgängersicherheit auf der Siebengebirgsstr.
- ⇒ Beschilderung und Sicherheit im Herzeleid
- ⇒ Schulwegeplan Stenzelbergerschule



Soziales und Integration

- ⇒ Internationale Förderklassen
- ⇒ Handlungsempfehlungen im Umgang mit geflüchteten Menschen
- ⇒ Gesundheitskarte für Flüchtlinge
- ⇒ Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen
- ⇒ Einführung KidS-Projekt
- ⇒ Kindergartenkosten/ Elternbeiträge senken

Oberpleis

- ⇒ Fitnessgeräte im Freien

Vinxel

Fraktionswanderung mit starker Bürgerbeteiligung zum „Hobshof“

SPD FÜR DIE SCHAFFUNG VON BÜRGERHÄUSERN

Die SPD setzt sich für die Schaffung von Versammlungs- und Begegnungsräumen und ggf. auch Bürgerhäusern in unseren Ortsteilen ein. Wir sehen auch die Stadt in der Verantwortung, Möglichkeiten zu Begegnung und zum Austausch für ihre Bürger*innen bereitzustellen.

Im Zuge der Beratungen zum Doppelhaushalt 2019/2020 stellte die SPD den Antrag, für die Einrichtung von Bürgerhäusern oder Versammlungsräumen entsprechende Planungskosten anzusetzen.

Der Ansatz wurde vom Stadtrat beschlossen, was uns gleichermaßen gefreut wie erstaunt hat. In der Vergangenheit sind Vorschläge der Oppositionsfractionen häufig abgelehnt worden, um nach einer Anstandszeit als Initiativen von CDU, FDP und GAK wieder zu erscheinen.

Vor der Kommunalwahl beantragte die Koalition nun selbst, die Verwaltung mit Planungen zu beauftragen. Der Bürgermeister versprach, dass „auf Antrag der Koalition“ geprüft wird, welche Möglichkeiten bereits gibt.

Inzwischen liegen Pläne für die ehemaligen Feuerwache in Uthweiler vor, dem Förderverein Bürgerhaus Ittenbach e.V. wurden Zusagen gemacht, auch den Forderungen aus Vinxel steht die Koalition nicht mehr grundsätzlich ablehnend gegenüber.

Ihrer Nutzung sind kaum Grenzen gesetzt. Sie fungieren als Mittelpunkte des Vereinslebens, kostengünstiger Rahmen für Familienfeiern, Orte für Jugend wie Senioren, Proberäume für Musik- und Sportgruppen. Auch Beratungsangebote der Stadt, sozialer Einrichtungen und Kurse der VHS können hier veranstaltet werden.

Bürgerhäuser wären das Herzstück eines Ortsteils und dienen dem kulturellen, sozialen und politischen Austausch.



Sabina Krieger-Mattila
Berghausen

WAS IN VINXEL FEHLT

Eines der wichtigsten Dinge, die in Vinxel fehlen, ist ein zentraler Treffpunkt, bestehend aus einem Versammlungsraum, Küche, Sanitäranlagen, kleinem Lagerraum und einem Außengelände.

Mit einem Bürgerhaus könnte das Miteinander und Zusammenleben völlig neu gestaltet werden. Natürlich kann der Raum für Familienfeiern, Vereinssitzungen, VHS, Sport, Treffen für Jung und Alt, Kultur und vieles mehr genutzt werden.

Aber vor allem bringt es die Vinxeler zusammen. Vielleicht entwickelt sich sogar eine große Doppelkopfgemeinschaft. Alt-Vinxeler bringen den Neu-Vinxelern das Veußeler Platt näher. Der Lauftreff startet am Bürgerhaus und trinkt danach noch ein kühles Weizen zusammen. Einmal im Monat trifft man sich im Repair-Cafe, und die Kinder freuen sich schon auf den nächsten Vorlese- und Spielnachmittag mit Leihopas und -omas. Der Karnevalsverein hat endlich einen Übungsraum. Man trifft sich zum Klönen und grillt auch mal gemeinsam. Das soziale Miteinander wird gestärkt, da man mehr voneinander weiß, mehr aufeinander achtet und sich gegenseitig helfen kann.



Wir Vinxeler sind es gewohnt, überall hinfahren zu müssen für Angebote, die uns selbst betreffen, aber auch für die unserer Kinder. Regelmäßige Angebote für Kinder und Jugendliche finden in Vinxel nicht statt. Jugendliche müssen sich auf Bänken meist am Ortsrand von Vinxel treffen. Adäquate Angebote sind ohne Räumlichkeiten nicht möglich.

Besonders wichtig ist, dass wir mit einem Treffpunkt Gelegenheiten schaffen, die Jung und Alt zusammenbringen, und so auch einer Vereinsamung und Isolation entgegenwirken können. Lebendiges Miteinander erhöht unsere Lebensqualität.



Andrea Trabert-Kirsch
Vinxel



BEZAHLBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN

IN KÖNIGSWINTER MUSS PLATZ FÜR JEDEN SEIN

Für uns Sozialdemokraten hat bezahlbarer Wohnraum höchste Priorität. Wir starteten daher mit der Forderung in die Ratsperiode von 2014 bis 2020, endlich bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Wir haben in diesem Zusammenhang einen neuen Flächennutzungsplan gefordert. Und wir haben nachdrücklich den Vorrang der Innenverdichtung vor einer baulichen Entwicklung von Außenbereichen vertreten, der im Bau-recht vorgegeben und gerade für Königswinter mit seinem Naturschutzgebiet Siebengebirge und den beschränkten Flächen im Außenbereich besonders wichtig ist.

Wir haben zunächst wenig Gehör mit unseren Forderungen gefunden. Erst als mit den Verhandlungen über einen neuen Regionalplan deutlich wurde, dass für die Wahrnehmung der Interessen der Stadt ein „Integriertes Stadtentwicklungskonzept“ (ISEK) und ein neuer Flächennutzungsplan notwendig sind, hat die Ratsmehrheit sich stärker für die Erfordernisse der Zeit geöffnet. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, soll ein ganz neuer Flächennutzungsplan für Königswinter erarbeitet werden. Eine Grundlage hierfür ist das im Rahmen des ISEK erarbeitete „Handlungskonzept Wohnen.“

Der Rat hat im Juni 2019 einen Baulandbeschluss gefasst, der bei Bauvorhaben mit mindestens 20 Wohnungen eine Quote von mindestens 30 Prozent für öffentlich geförderte Wohnungen vorsieht. Von der städtischen WWG haben wir schon mehrfach die Errichtung neuer Sozialwohnungen gefordert. Ende 2018 hat dann der Aufsichtsrat der WWG das Projekt „Am Stadtgarten“ beschlossen. Wir unterstützen dieses Projekt ganz nachdrücklich.

Es sieht den Abriss der bisherigen Häuser mit Sozialwohnungen aus den 50er Jahren vor. An deren Stelle sollen 100 zeitgemäße Wohnungen, davon ca. 70 im sozialen Wohnungsbau, errichtet werden. Hierfür muss die Grünfläche weichen, denn der Standort ist aufgrund von Erschließung und zentraler Lage für den sozialen Wohnungsbau besonders geeignet. In der Abwägung tritt deshalb für uns der Erhalt der Grünfläche zurück.

Zu einem ganz anderen Ergebnis sind wir beim B-Plan Sumpfweg Süd gekommen. Hier sehen wir den Hochwasserschutz am Rhein und die Erhaltung der Natur in diesem Bereich des Königswinterer Rheinufer als vorrangig gegenüber dem Bestand des alten B-Plans an. Wir haben deshalb die Aufhebung beantragt, konnten uns aber trotz überzeugender rechtlicher und sachlicher Gründe nicht durchsetzen

Die Beispiele Sumpfweg einerseits und Stadtgarten andererseits verdeutlichen, dass die Abwägung der verschiedenen Belange immer situativ je nach ihrem Gewicht an dem jeweiligen Standort erfolgen muss.

Bei der weiteren Konkretisierung unserer Vorstellungen für Wohnen und Gewerbe in Königswinter über das ISEK und den neuen Flächennutzungsplan bis hin zu einzelnen B-Plänen werden wir mit Standfestigkeit und Konfliktbereitschaft das Allgemeinwohl gegen oft lautstark vertretene Partikularinteressen durchsetzen.



Joachim Hirzel
Ittenbach

Bezahlbares Wohnen in Königswinter, das war und ist eine unserer zentralen Forderungen. Insbesondere in der Altstadt, aber nicht nur dort, vermissen wir bezahlbaren Wohnraum. Es kann nicht sein, dass junge Menschen gezwungen werden, aus Königswinter wegzuziehen, da sie sich hier keine Wohnung leisten können. Gleiches gilt auch für unsere älteren Mitbürger*innen. Auch sie haben Anspruch auf altersgerechten, erschwinglichen Wohnraum in ihrer Heimat.

Pläne, in Oberpleis auf dem Gebiet vor der Paul-Moor-Schule ein Mehrfamilien- und Mehrgenerationenhaus zu errichten und damit bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, sind bekanntlich gescheitert. Die Mehrheitsfraktionen CDU, FDP und GAK hatten gegen dieses sinnvolle Vorhaben gestimmt. Eine Entscheidung, die für uns enttäuschend und nicht nachvollziehbar war. Umso erfreulicher ist, dass unsere Forderung für bezahlbaren Wohnraum zumindest in der Altstadt erste Früchte trägt.

Mit dem Projekt Stadtgarten plant die WWG die Errichtung von 100 Wohnungen, sowohl im freifinanzierten als auch im geförderten Wohnungsbau. Damit wird auch kostengünstiger Wohnraum geschaffen.

Die Pläne der WWG wurden am 29.05.2019 erstmalig im Planungs- und Umweltausschuss vorgestellt. Am 08.07.2019 folgte eine Bürgeranhörung, die Ergebnisse dieser Anhörung fließen in die Entscheidungen des Ausschusses bei zukünftigen Beratungen ein.

Wir begrüßen und unterstützen die Planungen der WWG. Dazu muss aber auch gehören, dass der Naherholungswert der Altstadt und damit insbesondere die Freizeit- und Spielflächen erhalten bleiben, bzw. ein Ausgleich geschaffen wird.

Wir bleiben dran!

WICHTIGE SCHRITTE:

STADTGARTEN UND SUMPFWEG

Ein Zukunftskonzept für den Sumpfweg muss her!

Nach jahrelangen Auseinandersetzungen ist der Bebauungsplan (B-Plan) „Sumpfweg Süd“ 2019 für ungültig erklärt worden.

Dieses Gelände in Niederdollendorf ist Kernstück der Königswinterer Rheinaue, die als ausgewiesenes Hochwassergebiet nicht bebaut werden darf. Es ist die einzige zusammenhängende Grünfläche der Tallage. Sie stellt ein ökologisches Gegengewicht zu Industriegürtel und Verkehr dar.

Die Natur lässt sich hier nicht unterkriegen: Das Gebiet ist Lebensraum für eine Vielzahl von Vogelarten und Fledermäusen; Blindschleichen, Füchse und Dachse gibt es hier.

Vor allem ist es ein Treffpunkt für Hundehalter.

Es ist Kühlungsraum an Hitzetagen und Naturkulisse für

die zahlreichen erholungssuchenden Rheinspaziergänger und Jogger.

Die SPD hat sich gegen die Bebauung des Sumpfweggeländes ausgesprochen. Schon 2008 wiesen wir auf die beste Chance hin, dieses Bauprojekt ohne großen finanziellen Schaden zu beerdigen. Die bestehende Ratsmehrheit hält jedoch bis heute an Verhandlungen mit dem Investor über eine Neuaufstellung des B-Plans fest.

Es ist nun Zeit für Überlegungen, die den Erhalt dieses Naturgebiets in den Mittelpunkt stellen. Die SPD tritt für die Aufhebung des B-Plans ein und für die Gründung eines Bürgervereins, der sich für den Erhalt und den Schutz der Natur des gesamten Rheinauengeländes und seine behutsame Entwicklung einsetzt.



Dr. Gerhard Duda
Niederdollendorf

JEDEM KIND EINEN PLATZ!

SPD FORDERTE SECHSTEN ZUG AN DER GESAMTSCHULE

Auf der Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaft im Februar diesen Jahres, hat sich die SPD für die Bildung eines sechsten Zuges an der Gesamtschule eingesetzt.

Die Gesamtschule Oberpleis ging im September 2013 als fünfzügige Schule an den Start. Wegen der vielen Anmeldungen wurden in den ersten drei Jahren mit Ausnahme-genehmigungen der Bezirksregierung jeweils sechs Eingangsklassen gebildet. Im Jahr 2017 beschloss der Rat in einer Grundsatzentscheidung die Fünfzügigkeit der Schule, gegen die Stimmen der SPD.

Es stand aber bereits fest, dass nicht alle angemeldeten Kinder auch einen Schulplatz bekommen würden.

Seitdem gibt es an der Gesamtschule fünf Eingangsklassen, die bis an die Grenze der Zulässigkeit gefüllt sind. Das heißt leider: Kinder, die mit ihrer Familie nach Königswinter ziehen, die vom Jugendheim unserer Stadt in Obhut genommen werden, und Kinder, die von einer anderen

Schulform auf die Gesamtschule wechseln wollen, bekommen nur im Glücksfall einen Platz an der Gesamtschule.

Im letzten Jahr wurde schnell deutlich, dass es in Königswinter viele Kinder gab, die nach der 6. Klasse vom Gymnasium oder der Realschule „abgeschult“ wurden und Probleme hatten, an ihrem Wohnort einen Schulplatz zu bekommen. Die Schulleitung der Gesamtschule schilderte, dass es 25 Anfragen (davon 17 von Königswinterer Kindern) gab, von denen nur zwei angenommen werden konnten.

Das darf so nicht noch einmal passieren. Jedes Kind braucht einen Schulplatz.



Haus der Jugend für Thomasberg/Heisterbacherrott

Seit einigen Jahren sucht die SPD im Ortsteil Thomasberg/Heisterbacherrott nach einer festen Örtlichkeit für unsere Kinder und Jugendlichen.

Zusammen mit den örtlichen Vereinen und Kirchen, konnten bisher immer Lösungen gefunden werden. Für die Zukunft brauchen wir eine dauerhafte Lösung. Schließlich ist der Ortsteil mit überdurchschnittlich vielen Kindern und Jugendlichen der größte Ortsteil Königswinters.

Bisher ist es beispielsweise aufgrund unserer Initiative und des Engagements der Bürger*innen gelungen, den Basketballplatz in Heisterbacherrott für Kinder und Jugendliche zu initiieren.

Jetzt fehlt noch eine dauerhafte Einrichtung für die offene Jugendarbeit in Thomasberg/Heisterbacherrott. Wir wollen ein festes Angebot vor Ort für die freie Jugendarbeit schaffen, um der steigenden Zahl der Jugendlichen gerecht zu werden. Mit dieser Meinung konnten wir uns im Jugendhilfeausschuss der Stadt Königswinter durchsetzen. Unser Antrag zur Prüfung, ob das leerstehende Volksbankgebäude in Thomasberg für ein Haus der Jugend geeignet wäre, ist ein erster Schritt in diese Richtung.

Bei einer negativen Beurteilung werden wir unsere Bemühungen um ein Haus der Jugend nicht einstellen und die Verwaltung beauftragen, andere Lösungsmöglichkeiten zu untersuchen. Diese sollten dann auch geeignete Räumlichkeiten für unsere Vereine und Gruppen enthalten.

Sicher ist, wir brauchen ein ortsnahe Angebot der offenen Jugendarbeit—und die SPD in Thomasberg und Heisterbacherrott mit ihren Ratsmitgliedern wird sich dafür einsetzen!



Oben:
Sabina Krieger-Mattila
Berghausen



Unten:
Dirk Lindemann
Thomasberg/Heisterbacherrott



DANKE ENGAGIERTE KITA-ELTERN!

Die Kindertagesstätten in Königswinter haben eine hervorragende Qualität. Alle Kitas werden ausnahmslos durch Elterninitiativen, freie oder kirchliche Träger betrieben. Diese Trägerschaften fußen nicht zuletzt auf einem hohen Engagement der Eltern. Dafür sagen wir als SPD Königswinter ganz besonders: Danke!

Uns war es in den letzten Jahren wichtig, dass sich jede Familie einen Kitaplatz leisten kann. So wurde auf unsere Initiative die Beitragsfreiheit in den unteren Beitragsgruppen erweitert. Wir standen und stehen für die Beitragsfreiheit für die Geschwisterkinder, die, was die Offenen Ganztagschulen betrifft, von der Koalition aus CDU, GAK und FDP gegen unsere Stimmen ausgehöhlt worden ist. Wir sind froh, dass durch klare Signale aller anderen Beteiligten noch Schlimmeres verhindert werden konnte. Für uns gilt aber dennoch: Keine weitere Belastung der Eltern bei der Kinderbetreuung!

Als SPD sind wir aus Überzeugung der Meinung, dass frühkindliche Bildung nichts kosten darf.

Zumal neben den Elternbeiträgen oft noch Mitgliedsbeiträge, Essensgeld etc. anfallen. Deshalb werden wir in den nächsten Jahren daran arbeiten, die Kitagebühren in Königswinter abzuschaffen!

Damit werden die Familien der Stadt entlastet und Königswinter wird noch attraktiver für den Zuzug von jungen Familien. Es kann nicht sein, dass nur wenige Kilometer weiter in Rheinland-Pfalz die Kitas kostenfrei sind und in Königswinter eine Kita-Betreuung mit Kaffee und Kuchen im schlimmsten Fall rund 650 Euro kostet.

Leider fehlt zudem in Königswinter im nächsten Jahr noch eine erhebliche Anzahl von Kitaplätzen. Dabei sind die Überbelegungen in den bestehenden Kitas noch gar nicht berücksichtigt. Langfristige Strategien der von den Entwicklungen überraschten Verantwortlichen sind hier leider nicht erkennbar.

So brauchte es für die Erweiterung auf vier Gruppen beim Kitaneubau am Schwimmbad und bei der neuen Kita in der ehemaligen Paul-Moor Schule unsere Initiative. Wir sehen den sehr teuren Bau einer zentralen Kindertagesstätte am Limperichsberg in Thomasberg kritisch. Dieser wurde durch Fehlen frühzeitig geschaffener Alternativen notwendig. Eine Kita gehört direkt ins Dorf, das Pendeln von Kindern sollte eine Ausnahme bleiben!



Dirk Lindemann
Thomasberg/Heisterbacherrott

UMWELTSCHUTZ UND VERKEHRSWENDE UMSETZEN

Umweltschutz und Nachhaltigkeit haben viele verschiedene Aspekte: Einige, wie zum Beispiel der komplette Umstieg Deutschlands auf erneuerbare Energien und der damit verbundene Ausstieg aus der Kohlekraft, mögen in weiter Ferne von Königswinter liegen. Trotzdem gibt es viele Möglichkeiten, wie wir hier vor Ort in Königswinter Maßnahmen ergreifen können.

Der Dialog zwischen Stadtverwaltung und Gewerbetreibenden muss im Hinblick auf Plastikvermeidung und Umweltschutz verstärkt werden.

Mittlerweile hat sich in unserer Stadt die interfraktionelle Arbeitsgruppe „Nachhaltigkeit“ gegründet, die nun gemeinsam über die Parteigrenzen hinweg ein Klimaschutzkonzept entwickeln wird. Als SPD haben wir im vergangenen Jahr zwei Themen aufgegriffen und in die Königswinterer Politik eingebracht: Wir fordern ein „plastikfreies Königswinter“ sowie eine Minimierung des Wegwerfens von Lebensmitteln z.B. durch Supermärkte.

Bei der Vermeidung von Plastikmüll ist jede*r Einzelne gefragt, dennoch benötigen wir auch die Unterstützung der kommunalen Entscheidungsträger. Zur Unterstützung z.B. für Vereine halten wir ein „Anreizsystem“ für denkbar: eine „Anschubfinanzierung“ für einen attraktiven Umstieg auf umweltfreundlichere

Alternativen für Feste und Veranstaltungen. Auch die Anschaffung eines ausleihbaren „Spülmobils“ soll geprüft werden.

Ganz konkret muss es Alternativen zu den To-Go-Bechern geben. Ein einheitliches System, unabhängig von der jeweiligen Bäckerei, gibt es bereits in anderen Städten, wie zum Beispiel Xanten. Warum nicht auch bei uns?

In Deutschland werden laut IWF jährlich 18,4 Millionen Tonnen Lebensmittel weggeworfen. In Frankreich hat das Parlament bereits beschlossen, dass Supermärkte Lebensmittel nicht mehr wegschmeißen dürfen, sondern diese wohltätigen Organisationen spenden müssen.

Königswinter kann hier Vorreiter werden und als Beispiel für andere Kommunen zeigen, wie man erfolgreich Müll vermeidet und somit Ressourcen spart und die Umwelt schont.



Die Verkehrswende: wichtiger Teil des Umweltschutz in unserer Region

Als zentralen Bestandteil eines Klimaschutzkonzepts sehen wir nicht nur den verstärkten Ausbau des Nahverkehrs. Auch die Preisgestaltung des VRS muss dringend überarbeitet werden. Die Forderungen nach einer mittelfristigen Umstellung auf das „Wiener Modell“, also ein 365 Euro- Jahresticket, und eine langfristige Umstellung auf einen ticketlosen Nahverkehr sind wichtig.

Diese ersten Schritte konnten wir im aktuellen Umweltschutzkonzept Königswinter fest-schreiben. Aus unserer Sicht sind sie allerdings noch zu ambitionslos. Hier fordern wir ein schnelleres und konsequenteres Vorgehen, um so mit Bus und Bahn eine echte attraktive Alternative zum Auto zu bieten.



Oben und Unten:
Nils Suchetzki,
Niederdollendorf, Vorsitzender des Ortsvereins

AUF DEM WEG IN EIN PLASTIKFREIES KÖNIGSWINTER

Plastik ist heutzutage aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Verpackungsmaterialien aus und mit Plastik gehören unvermeidlich zu unserem Alltag. Im Jahr 2018 wurden mehr als 1,13 Billionen Verpackungen allein in der EU für Speisen und Getränke verwendet.

Deutschland konnte im Jahr 2017 nur etwa 15,6% des Plastikmülls recyceln. Der Rest wird in Schwellenländer exportiert. Unser Müll betrifft die Welt und unser Klima.

Für einen erfolgreichen Umstieg auf einen plastikarmen Alltag wir Bürger*innen die Unterstützung der Stadt.

Auch wenn die Stadt an vielen Stellen keinen großen Einfluss auf privaten Verbrauch hat, kann sie aber mit gutem Beispiel vorangehen.

Die SPD Königswinter fordert ein plastikarmes Königswinter!

Wir fordern, dass in städtischen Einrichtungen wie Kitas und Schulen die Stadt auf Einwegplastik verzichtet.

Materialien wie PLA, Holz oder Papier sind kompostierbar und ökologisch unbedenklich, da es sich um nachwachsende Rohstoffe handelt.

Auch eine Zusammenarbeit mit den Kitas und Schulen in der Stadt streben wir an, sowohl hinsichtlich einer Thematisierung im Bildungsangebot, wie bei der Vermeidung von Plastikprodukten im Alltag (z.B. auf Schulfesten). Außerdem wollen wir, dass die Stadt prüft, inwieweit Vorgaben für die Vermeidung von Plastikmüll bei Veranstaltungen in Königswinter gemacht werden können.

Wir möchten alle Vereine unterstützen, um Plastikalternativen nutzen zu können. Wir sehen dies in Infomaterialien über Alternativprodukte und ggf. in einer „Anschubfinanzierung“ für einen attraktiven Umstieg auf umweltfreundlichere Alternativen. Damit wir als Konsumenten selbstbestimmt unseren Plastikkonsum reduzie-

ren können, muss auch ein Dialog zwischen Entscheidungsträgern und Gewerbetreibenden hergestellt werden.

Hierzu kann die Wirtschaftsförderung mit den Gewerbetreibenden, Einzelhändlern, Gastronomen und Markthändlern in Königswinter in einen Dialog treten, um eine Reduktion kostenfreier Plastiktüten, unnötigen Plastikverpackungen oder To-Go-Bechern zu erreichen.



Kommunen wie Xanten machen dies bereits erfolgreich vor. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger für dieses Thema sensibilisieren und sie an diesem Wechsel aktiv teilhaben lassen. Informationskampagnen über Social Media, Flyer und die städtische Internetseite sollen für einen bewussteren Konsum werben.

Plastik umgibt uns. Es ist schwer Plastik zu vermeiden. Doch wenn wir zusammen tätig werden und die Aufgaben nicht auf einzelnen Initiativen verteilt bleibt, kann unser Königswinter ein „plastikfreies Königswinter“ werden.



Nina Limbach,
Niederdollendorf

UNSERE RATSFRAKTION:



Unsere Fraktionsmitglieder (von links nach rechts und von oben nach unten): Cornelia Mazur-Flöer, Heike Gessinger, Sabine Krieger-Mattila, Thomas Mattila, Dirk Lindemann, Nils Suchetzki, Jürgen Kusserow, Gunnar Behrendt, Wolfgang Meissel, Andrea Trabert-Kirsch, Gerhardt Duda, Nina Limbach, Gisela Becker, Klaus Bremer, Georg Dauth, Moritz Paetow, Joachim Hirzel, Claudia Klemm, Karin Klink, Björn Seelbach

DIE SPD-KÖNIGSWINTER STELLT SICH VOR

Auf unserer Website finden Sie weitere Informationen zu uns und zu unserer Arbeit.

Die Mitglieder Fraktion und des Vorstandes des Ortsvereins berichten über sich und ihre Motivation für ihr politisches Engagement.

Lernen Sie uns kennen und filtern Sie dabei ganz einfach nach Funktion, Ortsteil oder Thema - Wir wünschen viel Spaß!

WWW.SPD-KOENIGSWINTER.DE



IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD Fraktion im Rat der Stadt Königswinter

V.i.S.d.P.: Jürgen Kusserow, An der Hofwiese 8,
53639 Königswinter

Redaktion: Dirk Lindemann, Jürgen Kusserow, David Kusserow

Druck: Siebengebirgsdruck, Karlstraße 30, 53604 Bad Honnef